

Berichte

Werner Thiede

Politische Aktivitäten contra Scientology

In den USA sieht sich die Scientology-„Kirche“ am Beginn einer neuen Ära, nachdem sie durch die amerikanische Steuerbehörde für völlig steuerfrei erklärt worden ist (vgl. MD 1993, S. 369). Der „Krieg“ sei zu Ende, jubelt der „Chairman of the Bord“ des »Religious Technology Center«, David Miscavige. Der »Internal Revenue Service« (IRS), wie die Steuerbehörde sich nennt,

soll sogar zugestimmt haben, Briefe an Regierungen aller Nationen zu schicken. Wie wird wohl entsprechende Post bei der Bundesregierung aufgenommen? In Deutschland läßt sich das öffentliche Klima weithin als äußerst kritisch gegenüber Scientology beschreiben. Einige neuere Eindrücke davon vermittelt der folgende Bericht.

Im Sommer 1993 waren die Ergebnisse der 64. Konferenz der Justizministerin-

nen und -minister bekannt geworden, die in der Konferenz zuvor (siehe MD 1992,

S. 244f) eine strafrechtliche Überprüfung des Gebarens der Scientology-Organisation in Auftrag gegeben hatten. Festgehalten wurde vor allem zweierlei: Zwar ziele die scientologische Geschäftsstrategie im Endeffekt auf die Isolierung des Betroffenen von seiner Umwelt und auf die Schaffung und finanzielle Ausbeutung physischer und psychischer Abhängigkeiten. Aber entgegen Vorstellungen, wie sie von manchen Kritikern der Organisation vorgetragen würden, könne nach dem vorliegenden Bericht derzeit nicht davon ausgegangen werden, daß sich die Scientology-Organisation als kriminelle Vereinigung – im Sinne des § 129 StGB – darstelle. Für Maßnahmen des Strafgesetzgebers bestehe kein akuter Handlungsbedarf; allerdings sei die weitere Entwicklung auch im Blick auf allenfalls notwendige Korrekturen der einschlägigen Straftatbestände zu beobachten.

„Scientology Tribunal“ in Worms

Härter im Ton ging es bei zwei Herbst-Veranstaltungen zur Sache, die von politischen Parteien verantwortet wurden und über die im folgenden auszugsweise berichtet werden soll. Scientology sei keine Religion, sondern ein gewerbetreibender Konzern, eine totalitäre Bewegung, ja „eine neue Form organisierter Kriminalität“ – so lautete der Tenor auf dem *1. Scientology Tribunal*, inszeniert von der Jungen Union Rheinland-Pfalz am 27. und 28. 11. 1993 in Worms. Das ganze Wochenende hindurch waren Referate namhafter Scientology-Kritiker mit anschließenden Aussprachen zu hören, deren Gesamtertrag in Arbeitsgruppen, Thesenformulierungen und eine Pressekonferenz mündete.

Im Eingangsreferat betonte der bekannte Ex-Scientologe *Norbert Potthoff*: „Scientology ist ein System, das die Demokratie

und christliche Tradition beseitigen will, auf dem Feld der Religion, der Wirtschaft, der Familie, Erziehung, Ausbildung und Politik – genau in dieser Reihenfolge.“ Der merkwürdige Umstand, daß die amerikanischen Steuerbehörden Scientology im Oktober als religiöse, gemeinnützige Vereinigung anerkannt hatten, sei als Kniefall vor der immer mächtiger gewordenen scientologischen Führung zu deuten. Zugleich warnte Potthoff aber auch davor, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Wer die Aberkennung der Bürgerrechte für Scientologen fordere oder Menschen in Veranstaltungen ohne inhaltliches Eingehen auf die Problemlage aufwiegele, der arbeite in gleicher Weise totalitär und mit Feindbildern wie Scientology selbst.

Nach Ansicht der Hamburger Scientology-Kritikerin *Ursula Caberta* ist ein flächendeckendes Netz von staatlichen und kirchlichen Stellen sowie von Selbsthilfegruppen erforderlich, um über die umstrittene Organisation aufzuklären. „Was nicht mehr passieren darf, ist, daß es in irgendwelchen Ministerien einen Referenten gibt, der sich nebenbei auch mit Scientology befaßt.“ Caberta zufolge würden planmäßig Straftaten begangen, um die Ziele der Scientology-Organisation durchzusetzen.

Für eine sachliche Kritik an der scientologischen Selbstbezeichnung als „Religion“ sprach sich *Werner Thiede* von der EZW aus. Es gebe religionswissenschaftliche Kriterien, anhand derer geprüft werden könne, ob eine selbsternannte „Religion“ ihren Anspruch zu Recht erhebe oder ob sie einem begrifflichen Mißverständnis erlegen sei und womöglich mit mutwilliger Täuschung arbeite. Scientology sei eine moderne Form von Magie, die vom Begriff der Religion abhebbar sei, weil es ihr um geistige Kontrolle bzw. um kontrollierbare Bereiche gehe. Vor

ihrer obskur-okkulten Weltanschauung und ihrer sogenannten „Ethik“ sei der Begriff der Religion in Schutz zu nehmen. Unter den weiteren Referenten plädierte auch Rechtsanwalt *Ralf Bernd Abel* dafür, Scientology nicht als Religion zu betrachten. Es handele sich in der Hauptsache um ein Wirtschaftsunternehmen. Wenn die fälligen Steuern eingetrieben würden, hätte Scientology weniger finanzielle Mittel und könnte entsprechend weniger Druck ausüben.

Gerade am Tag vor Beginn dieser Veranstaltung war in Stuttgart bekannt geworden, daß die baden-württembergischen Scientology-Einrichtungen künftig wie in Hamburg den Verkauf von Waren und Dienstleistungen als Gewerbe anzeigen müssen. Im Blick darauf waren in Worms auch die Ausführungen der Ex-Scientologin *Jeanette Schweitzer* interessant, deren Schwerpunkt auf den Gefahren für die Wirtschaft lag. Überwiegend seien Scientologen im Dienstleistungsbereich als Immobilienmakler, Personal- und Unternehmensberater und in verschiedenen Vertriebsorganisationen tätig. In England unterhielten Scientologen ein eigenes Straflager, in dessen Zellen Unternehmer, Personalberater und Künstler aus vielen Ländern anzutreffen seien. Frau Schweitzer ist seit kurzem Vorsitzende des »*Verins für die Interessen terrorisierter Mitmenschen e.V.*« (VITEM; Tel. 06894 / 870452); als dessen Wirtschaftsreferentin gibt sie auch Auskünfte über eventuelle Firmenzugehörigkeiten und -Verflechtungen mit der Scientology-Organisation bzw. Anhängern derselben.

Experten-Anhörung in Stuttgart

Am 6. Dezember 1993 fand im Stuttgarter Landtagsgebäude eine *Experten-Anhörung* der SPD unter dem Titel »In den Fes-

seln totalitärer Sekten« statt. Nach einem Einführungsreferat von N. Potthoff erläuterte der Schweizer Psychologie-Professor *Hans Kind* die problematischen Aspekte der mit der Hubbardschen »Science-Fiction-Kosmologie« einhergehenden, riskanten Psycho-Techniken. Echte Psychotherapien würden die Autonomie des Menschen stärken, während Scientology aufs Gegenteil aus sei.

Diesen Aspekt hob auch der Münchner Richter *Jürgen Keltch* hervor. Das scientologische System basiere auf einer totalitären Weltanschauung und praktiziere totale Kontrolle. Im Hinblick auf ein Tätigwerden des Staates gegen derlei Bewegungen bestehe ein auffälliges legislatives wie exekutives Vollzugsdefizit. Die Bezeichnung von Scientology als »Jugendreligion« (F.-W. Haack) habe sich als nicht sachdienlich erwiesen. Eine Einordnung von Scientology unter die Religionsgemeinschaften sprengte den herkömmlichen Religionsbegriff, an den Art. 4 GG anknüpfe. Vielmehr sei Scientology der Status eines kommerziellen Dienstleistungsbetriebs zuzuerkennen, der Weltanschauung vertreibe und bei den Kunden Weltanschauung erzeuge. Mit dieser Einordnung sei Scientology wiederum in den Anwendungsbereich von Art. 4 GG gerückt; doch könne der Staat die Aktivitäten einer Weltanschauungsorganisation einschränken, sofern sich die Verletzung eines Rechtsgutes von Verfassungsrang aufzeigen lasse. Tatsächlich würden durch Scientology Verhaltensmuster und Wertvorstellungen produziert, die dem freiheitlichen Menschenbild unserer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung bzw. der Menschenwürde deutlich widersprechen.

Walter von Lucadou von der Freiburger »Parapsychologischen Beratungsstelle« betonte den Okkult-Charakter von Scientology. Magische Fähigkeiten ausüben zu

können, sei das Bedürfnis vieler Menschen. Im Bezugsfeld von Scientology erlebten sie dann eine „andere“ Realität. Gleichzeitig erzeuge die „omnipotente Magie-Sekte“ bisweilen Angst bei ehemaligen Anhängern oder auch bei phantasievollen Außenstehenden. Manche Reaktionsbildungen auf Scientology seien nicht weniger schlimm als die „Magie-Sekte“ selber.

Daß bei Scientology „alles über die Psyche“ laufe und nicht wie bei der Mafia über körperliche Angriffe, hob auch *Ursula Caberta* hervor. Aufklärer sollten sogar in die scientologischen Organisationen hineingehen, um dort diejenigen, denen bereits Zweifel gekommen seien, zu

bestärken. Mit der Bemerkung, Scientology sei keine Weltanschauung, denn eine Weltanschauung könne man nicht kaufen, setzte sie sich freilich in Widerspruch zu der These von Jürgen Keltsch, Scientology verkaufe und erzeuge Weltanschauung bei ihren Kunden.

Die Diskussion über die angeschnittenen Themenbereiche wurde in drei verschiedenen Arbeitsgruppen fortgeführt. Es zeigte sich, daß zur weiteren Klärungs- und Aufklärungsarbeit der Erfahrungs- und Informationsaustausch aller mit Scientology befaßten Stellen vorangetrieben werden muß, was bereits die eingangs genannte Justizministerkonferenz abschließend unterstrichen hatte.